Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle in **Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.,** (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.50 Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383. Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 5 — Sonnabend, den 31. Januar 1925 — 29. Jahrgang

Rechtsempfinden und Arbeiterschaft.

In „Die Arbeit", dem wissenschaftlichen Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heft 1/1925, ist ein Artikel „Universität oder Akademie der Arbeit" enthalten, welcher Dr. Wilhelm Sturmfels von der Akademie der Arbeit zum Verfasser hat. In diesem Artikel befindet sich folgende Feststellung (S. 36): „Mit einem Hörer, der nicht ein eigenes Verhältnis zum Rechtsbewußtsein seiner Zeit wie überhaupt zu Recht und Gerechtigkeit in sich spürt, mit dem ist nicht viel zu erreichen." In diesem einen Satze ist das Grundübel unsrer Zeit ausgesprochen und es ist gewiß nicht unwichtig, sich mit dieser Frage einmal ausführlicher zu beschäftigen.

Es beginnt bereits mit der Stellung zu Republik und Demokratie. Viele abfällige Urteile hört man darüber auch in Arbeiterkreisen, die zumeist fehlgehen. Denn diese beiden höchsten Formen eines Staates gewährleisten an sich ja noch keine Verbesserung der Verhältnisse des Einzelnen oder einer bestimmten Klasse, sondern sie geben nur die beste Möglichkeit zur Anerkennung und Durchführung des Mehrheitswillens. Auf die Bildung eines solchen Mehrheitswillens im Sinne unsrer Auffassung kommt es also an. Die Schwierigkeiten, welchen wir hierbei begegnen, dürfen nicht dazu führen, eine Mißstimmung gegen Republik und Demokratie zu erzeugen, das ist, wenn es geschieht, eine sehr kurzsichtige Politik. Republik und Demokratie dürfen keine Frage momentaner Zweckmäßigkeit sein, sondern sie müssen zu der Grundlage aller unsrer Handlungen werden.

So ist es auch mit dem Arbeitsrecht. Hier darf ebenfalls das, was einem gerade am vorteilhaftesten erscheint, nicht immer mit Recht und Gerechtigkeit verwechselt werden, wenn anders nicht die ganze Grundlage verlorengehen soll. Es müssen sich im Arbeitsrecht feste Rechtsgrundsätze herausbilden, welche für Unternehmer und Arbeiter unantastbar sein müssen, auch dann, wenn sie momentan vielleicht nicht von Vorteil für den einen oder den andern Teil sein sollten. Die Behauptung ist nicht übertrieben, daß viele Unternehmer und Arbeiter kein Rechtsgefühl haben. Dem müssen wir entgegenwirken, besonders weil wir damit auch die Unternehmer am besten miterziehen können. Andernfalls werden unsre Errungenschaften in jedem ungünstigen Augenblick in Gefahr sein, wieder verloren zu gehen.

Hierzu gehört zum Beispiel der Gegensatz von Streikrecht und Vertragsrecht. **Beim Bestehen eines Arbeitsvertrags mit einer Kündigungsfrist ist man bei Streik oder Aussperrung an die Einhaltung der im Arbeitsvertrag vereinbarten Kündigungsfrist gebunden. Andernfalls begeht man Vertragsbruch.** Das mag in vielen Fällen unbequem sein und darf trotzdem nicht dauernd mißachtet werden, wenn nicht der Rechtsboden schwinden soll. Vielleicht kommen wir noch dahin, daß die Kündigungsfristen im Arbeitsvertrag nicht mehr nötig sind, weil ein allgemeiner Entlassungsschutz besteht, der eine genügende Sicherung darstellt. Der Anfang einer solchen Entwicklung ist in den § 84 ff. BRG. ja bereits vorhanden.

Die Anwendung der Koalitionskampfmittel darf ebenfalls nicht zu Gewaltmaßnahmen gegen Arbeitswillige oder den Bestand des Unternehmens führen, weil hier eine feste Grenze zwischen erlaubt und unerlaubt nicht zu ziehen ist. Man hört so oft den Einwand, daß die begreifliche Erregung der Streikenden die Tätlichkeiten gegen Arbeitswillige entschuldige. Aber wo bleibt die feste Rechtsgrundlage, die nun einmal nicht entbehrlich ist. Auch hier müssen wir nach einem logischen Ausweg suchen, der vielleicht darin bestehen kann, daß bei dem Vorhandensein eines bestimmten Organisationsverhältnisses, zum Beispiel wenn mindestens 75 Prozent der Belegschaft Mitglieder ihrer Gewerkschaften sind und diese den Streik ausrufen, der Staat den Betrieb für Arbeitswillige sperrt.

Aus jedem Tarifvertrag ergibt sich eine Friedenspflicht, was bedeutet, daß für die Dauer der Geltung des Tarifvertrags gegen die in demselben geregelten Arbeitsbedingungen weder Streik noch Aussperrung erfolgen darf. Auch das kann unbequem werden und doch darf man diesen Grundsatz nicht verletzen, wenn nicht das wichtige Tarifrecht untergraben werden soll. Der Ausweg besteht hier in starken Gewerkschaften, die Bedingungen vereinbaren, welche ohne Schädigung der Betroffenen auch eingehalten werden können.

Die Verbindlichkeitserklärung bedeutet, daß ein Tarifvertrag mit allen Wirkungen entsteht. Es ist auf die Dauer unmöglich, daß gegen einen solchen Zwangstarif Aussperrung oder Streik zur Anwendung gebracht wird, weil dem einen oder dem andern Teil die Bedingungen dieses Zwangstarifs nicht passen. Es gibt dann nur den Ausweg, die Beseitigung der Institution der Verbindlicherklärung oder ihre Einschränkung vielleicht dahin zu erstreben, daß eine Verbindlicherklärung nur eine kurze Wirkung hat, damit die Parteien bald wieder ihre Kräfte frei erproben können.

Die Unternehmer wirken gegenwärtig sehr eifrig für die Anerkennung der Betriebsvereinbarung gegenüber dem Tarifvertrag, welchen sie beseitigen wollen. Auch diese Bestrebungen erfolgen unter der Parole des Ausbaues des Arbeitsrechts, während in Wirklichkeit unter diesem Deckmantel den Gewerkschaften die Möglichkeiten zur kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse begrenzt werden sollen, so daß es sich um eine offensichtliche Unwahrhaftigkeit der Unternehmer handelt, wodurch die Rechtsgrundlage schwer erschüttert wird. Tatsächlich hat ja auch dieser Kampf der Unternehmer bereits zu einer erheblichen Schädigung der deutschen Wirtschaft geführt, da er das Vertrauen zu dem Arbeitsrecht untergraben hat.

Der wichtigste Grundsatz des Tarifvertrags ist der über die Unabdingbarkeit. Auch diesen suchen die Unternehmer auszuhöhlen. Unter dem Vorwand, daß der Betrieb die Lasten nicht tragen könne oder daß die Wirtschaftslage sehr schlecht sei, oder mit irgendeiner andern Ausrede, die billig sind wie Brombeeren, will man die Arbeiter bewegen, einen Teil ihrer Rechte aus dem Tarifvertrag preiszugeben. Das ist nun nach dem Grundsatz der Unabdingbarkeit nicht möglich und es kann infolgedessen jederzeit auf Erfüllung des Tarifvertrags geklagt werden. Die Versuche der Unternehmer beweisen aber, daß ihnen arbeitsrechtliche Grundsätze noch nicht heilig sind.

Aehnlich liegt es mit den Arbeitsgerichten (Gewerbegerichten). Auch hier der Versuch der Unternehmer, unter allen Umständen bei jeder Streitsache zu einer Berufungsmöglichkeit und dadurch an die ordentlichen Gerichte heranzukommen, um auf diese Weise durch das langwierige und teure Verfahren den Arbeitern die Verfolgung ihrer Rechtsansprüche zu verleiden. Aus denselben Gründen auch der Kampf der Unternehmer gegen die selbständigen Arbeitsgerichte überhaupt. Die Unternehmer wollen keine schnelle, billige und soziale Arbeitsgerichtsbarkeit, sondern sie wollen das Gegenteil aus den schon genannten Gründen.

Jeder Arbeiter dürfte nunmehr bereits wissen, was wir mit den Beispielen sagen wollen. Das Rechtsempfinden muß stärker werden. Der Geist des Arbeitsrechts muß sich erst noch durchsetzen. Die Arbeiter müssen auch hier den Anfang machen, denn sie müssen die Unternehmer dadurch zu diesem Geiste mit erziehen. Nur eine starke Gewerkschaftsbewegung mit festen Rechtsgrundsätzen wird sich durchsetzen.

npl.

Vorläufige Tagesordnung des am 18. Mai 1925 beginnenden 10. Verbandstags in Weimar (Volkshaus).

1. Geschäftsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Leiters der Steinsetzergruppe, c) des Tarifdezernenten, d) des Kassierers, e) des Redakteurs, f) des Vorsitzenden der Preßkommission, g) des Ausschußvorsitzenden.
2. Statutenänderungen (Walther).
3. Die Lage in der Steinindustrie einschließlich des Straßenbaugewerbes und die Aufgaben des Verbandes: a) in wirtschaftlicher Beziehung (Winckler, Linke), b) in gesundheitlicher Beziehung (Siebold).
4. Durch die Tagesordnung nicht erledigte Anträge.
5. Wahlen, auch der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß 1925.

Am 17. Mai 1925 findet, ebenfalls im Volkshaus zu Weimar, ein Fachgruppentag der zur Steinsetzergruppe gehörenden Verbandstagsdelegierten unter Hinzuziehung der Angestellten dieser Gruppe statt.

•

Die Wahlkreiseinteilung wird in einer der nächsten Nummern des „Steinarbeiter" bekanntgegeben.

•

Anträge zum Verbandstage sind spätestens bis zum 21. März an den Hauptvorstand einzusenden.

Das Rätsel des Brotpreises.

Auf der Suche nach Gewinnlern.

In England wie in anderen Staaten gehen die Preise stetig in die Höhe. Die englische Regierung hat eine Untersuchungskommission eingesetzt, um den Gründen der Teuerung nachzugehen und der Regierung Vorschläge zu unterbreiten. Die Untersuchungskommission hat eine Anzahl von Sachverständigen gehört, unter anderen den bekannten Nationalökonom Sir Leo Chiozza Money, der als einzige Lösung die Verstaatlichung der Lebensmittelversorgung anempfahl. Unter den Sachverständigen befand sich auch der gewesene Beistand und Generalsekretär im Ernährungsministerium und Mitglied des Ernährungsrats E. F. Wise. Er war daher in der Lage, mit voller Sachkenntnis von der Teuerung zu reden. E. F. Wise hat seine Ansichten über die Teuerung in einem Aufsatz in der englischen Zeitschrift The New Leader veröffentlicht. Sie sind nicht nur für England, sondern auch für Länder des europäischen Kontinents so zutreffend, daß die ungekürzte Wiedergabe seiner geistreichen Darlegungen auch für unsere Leser von Interesse sein dürfte. E. F. Wise führt folgendes aus:

Die Königliche Untersuchungskommission hat ihre Forschungen mit lobenswertem Eifer aufgenommen. Sie hat die Aufgabe festzustellen, warum die Preise zu hoch sind und was zu ihrer Senkung getan werden kann, und begann beim Getreide und beim Fleisch. Unterdessen klettert der Lebenshaltungsindex, ohne sich durch die Kommission stören zu lassen, stetig aufwärts und es ist, nach den Erfahrungen, die die Kommission bisher machte, kein Grund zur Hoffnung auf einen baldigen Stillstand vorhanden.

Natürlich sagen die Händler — wie immer — es sei niemand schuld daran. Diese Dinge kämen auch in der besten aller Welten unter dem vollkommensten aller nur denkbaren wirtschaftlichen Systeme vor. Tatsächlich hat einer der Handelsvertreter der Kommission auseinandergesetzt, die hohen Preise seien ein von der Vorsehung sehr glücklich gewähltes Mittel, um den unteren Klassen die altbewährten, durch den Wohlstand der Nachkriegszeit verwischten Lehren der Sparsamkeit wieder einzuprägen. Man denke nur an die entsetzliche Verschwendung von Nahrungsmitteln, die eintritt, wenn niedrige Preise Ausschweifungen begünstigen. Eine Periode hoher Preise, wo es den arbeitenden Klassen nicht möglich ist, alle Nahrungsmittel zu kaufen, die ihre Familien brauchen, wird sie den Wert des Nichterreichbaren erkennen lehren.

Amerikanische Menschenfreunde.

Es hat den Anschein, als zöge niemand aus all dem Gewinn. Und tatsächlich sieht es so aus, als sei der Getreidehandel aus lauter Menschenfreunden zusammengesetzt. Ob es sich nun um den Farmer, die Transportgesellschaft, den Verfrachter, den Schiffseigentümer, den Grossisten, den Kleinhändler, den Müller, den Bäcker handelt — ihre Reden sind alle auf denselben Ton gestimmt. Nur selten haben sie einen Gewinn zu verzeichnen, meist arbeiten sie mit Verlust. Der Exporteur zum Beispiel unterzieht sich der selbstverständlichen Aufgabe, Weizen unter dem Preis zu verkaufen, zu dem er beim amerikanischen Farmer erhältlich ist. Die weitverbreitete Spekulation in Weizen — der amerikanische Ersatz für die englischen Rennwetten — ist, wie wir mit Befriedigung erfahren, in Wirklichkeit eine Methode zur Senkung der Brotpreise. So fließt unaufhörlich ein Strom des Wohltuns von Amerika zum europäischen Verbraucher. Die Frachtkosten für Getreide sind bekanntlich niedrig, und wenn auch kleine Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob die Verluste durch Transportschäden zu Lasten des Verfrachters, des Schiffseigentümers oder des Importeurs fallen, so denkt doch niemand daran, daß sie den Getreidepreis für den Verbraucher beschweren.

Der Mühlenbesitzer hatte seit dem Kriege in seinem Geschäft dauernd nur Verluste erlitten. Aber glücklicherweise scheint ihm die Konkurrenz zur Entdeckung einer Lösung verholfen zu haben. Wie wir hören, versammeln sich die Müller der einzelnen Distrikte in regelmäßigen Zeitabständen und setzen den Mehlpreis für ihren Bezirk fest. Diese Konferenzen sind scheinbar stets geneigt, dem Vorgang desjenigen Müllers zu folgen, der aus privaten Gründen zu niedrigen Preisen verkauft. Trotzdem sind die Aussichten für den Müller nicht mehr so düster wie zur Zeit ihres ersten Berichtes. Die Einfuhr ausländischen Getreides, die auf die inländischen Preise drücken kann, ist die einzige Fliege in seinem Salat. Aber die Müller hoffen zuversichtlich, daß es ihnen gelingen wird, die Regierung zur Unterdrückung oder wenigstens starken Einschränkung dieser lästigen Einfuhr zu überreden. Was die Bäcker betrifft, so weist ihre Leidensgeschichte einige überraschende Ungleichheiten auf. In manchem Londoner Distrikt kann nur ein Preis von 10½ Pence für den Laib sie vor dem Bankrott bewahren, in anderen ist der Preis 9 bis 9½ Pence. Jedenfalls sind — wie aus der Umfrage der Kommission hervorgeht — die amtlich ermittelten Brotpreise viel niedriger als die im gewöhnlichen Bäckerladen bezahlten.

Daß die Höhe des Preises, den der Verbraucher für sein Brot zu zahlen hat, nicht bestimmt werden darf nach dem Preis, zu welchem ein Betrieb mit neuzeitlicher Maschineneinrichtung und zweckentsprechender Organisation seinen Bedarf befriedigen kann, sondern nach der höchsten Kostenberechnung der hundert kleinen, veralteten, schlecht ausgerüsteten Bäckereien, ist sicher ein Punkt, über den die Kommission unparteiische Erhebungen anstellen muß.

Der mißtrauische Verbraucher.

Jedenfalls besteht die Tatsache, daß ein Laib Brot, für den man vor dem Kriege 5 bis 6 Pence bezahlte, jetzt 10 bis 11 Pence kostet. Und der schlichte Mann wie sein Weib verlangen immer stürmischer zu erfahren, warum dem so ist. Inzwischen hat ferner, ungeachtet aller Schwierigkeiten, eine der größten Mühlenfirmen, die gleichzeitig Getreide importiert, während vier Jahren dauernd Profite von mehr als 14 Prozent, eine Reihe ähnlicher Firmen solche von 15 bis 30 Prozent gemacht, ungerechnet die periodisch verteilten Bonusraten.

Die Kommission hat sicher kein einfaches Rätsel zu lösen. Die Antwort des Handels, daß alles gut gehen werde, wenn man ihm nur ruhig seinen Gang lasse, befriedigt nicht. Die große Kluft zwischen dem, was der Erzeuger erhält, und dem, was der Verbraucher zahlt, das ständige Auf und Ab der Preise, der Wechsel von Ueberfluß und Knappheit in der Belieferung, das Fehlen jedes geordneten Plans zur billigen und ausreichenden Versorgung mit diesem wichtigsten und allgemeinsten Bedarfsartikel der Menschheit — dem Brot — begründet zur Genüge die Verurteilung der herrschenden Ordnung.

Der Anreiz zur Spekulation.

Doch nicht nur von seiten des Verbrauchers kommt die Kritik. Keine Bewegung ist bezeichnender als das schnelle Wachstum der Farmergenossenschaften in den großen Dominions und in Amerika. Diese Genossenschaften werden von den Farmern als der Weg zur Befreiung von der Kette der Makler und Zwischenhändler bezeichnet, deren Wirkungen jetzt ebenso schwer auf dem Erzeuger wie auf dem Verbraucher lasten. Die Weizensammelstellen („Pools") von Kanada und Australien werden sicher manche der kostspieligen und weitläufigen Betriebe überflüssig machen, von denen die daran Beteiligten der Kommission so ausführliche Schilderungen machten. Es mag sein, daß kein Glied in der Kette zwischen Farmer und Bäcker übermäßige Gewinne einheimst, doch glauben wir trotzdem, daß die Oeffentlichkeit auch hierfür strengere Beweise verlangen wird als die staatliche Kommission. Es liegt in der Macht dieser Kommission oder kann durch die Regierung in ihre Macht gelegt werden, das Publikum durch Bekanntgabe der genauen für die Steuereinschätzung ermittelten Daten über die Profite und Einkommen der Firmen in diesem wichtigsten Lebensmittelbetrieb aufzuklären. Aber selbst wenn die Profite der einzelnen so gering sein sollten, wie bisher angegeben wurde, so treiben die Vermittler- und Zwischenhändlerprofite und die aus den Preisschwankungen erzielten Gewinne, die dem Verbraucher nicht zufallen, den Brotpreis trotzdem in die Höhe. Diese Preisschwankungen bringen, wie Premierminister Bruce auf der letzten Reichskonferenz ausführte, weder dem Erzeuger noch dem Verbraucher Nutzen, sondern nur dem Spekulanten und Unterhändler. „Kann kein Gesetz geschaffen werden zur Preisstabilisierung für solche lebensnotwendige Produkte wie Fleisch und Weizen, das die Preisschwankungen und damit den Anreiz zur Spekulation ausschaltet?" — fragte Bruce. Der gegenwärtige Ministerpräsident Baldwin selbst war noch radikaler, als er im letzten Jahre vor dem Unterhaus die Anfrage stellte, ob die ganze Masse der Zwischenhändler nicht durch direkte Vereinbarungen der Regierungen untereinander ausgeschaltet werden könnte. Es ist bezeichnend, daß Sir Charles Fielding und Sir Leo Chiozza Money, zwei Männer von reicher, aber ganz verschiedenartiger Erfahrung, der eine ein erfolgreicher Geschäftsmann, der andere Statistiker, beide der Kommission dringend nahelegten, daß die Versorgung des Landes — vom Privatunternehmen verwahrlost und ausgebeutet — von solch lebenswichtiger Bedeutung sei, daß die Regierung sich der Verantwortlichkeit hierfür nicht länger entziehen dürfe. Ihre Pläne, im einzelnen auseinandergehend, stimmen in den Hauptpunkten mit den Vorschlägen im Bericht der Unabhängigen Arbeiterpartei (I. L. P.) überein. Die Logik der Tatsachen muß der öffentlichen Meinung die Ueberzeugung aufzwingen, daß das Privatunternehmen völlig ungeeignet ist, seine Pflichten in bezug auf die Lebensmitteleinfuhr zu erfüllen, wie es versagte bei der Wasserversorgung, der Versorgung mit elektrischer Kraft und ausreichenden Wohnungen, wie es im Kriege versagte bei der Versorgung mit Munition, mit Schiffen und Nahrungsmitteln.

Keine halben Maßnahmen.

Die Königliche Kommission steht, wie aus dem Gesagten hervorgeht, vor drei Möglichkeiten: 1. Sie kann der Ansicht des Handels, daß nicht nur nichts getan werden kann, sondern auch nichts getan werden soll, zustimmen; aber das scheint kaum möglich. 2. Sie kann den Weg der Flickarbeit wählen: hier ein wenig Oeffentlichkeit, dort ein wenig Aufsicht, an dritter Stelle ein Untersuchungsverfahren fordern. Solche halbe Maßnahmen wurden im Kriege

und in den Zeiten des Gesetzes gegen übermäßige Gewinne (Profiteering Act) versucht und versagten kläglich. Sie bringen Unordnung in die betroffenen Betriebe, ohne das Publikum zu schützen. Sie gefährden die Belieferung, ohne die Preise zu kontrollieren. Sie erfassen den kleinen Gewinner und lassen den großen Räuber frei laufen. 3. Kann die Kommission energisch die Reorganisation des Einfuhrhandels, vor allem für Weizen, fordern, so daß eine direkte Verbindung zwischen dem ausländischen Erzeuger und dem inländischen Verbraucher hergestellt wird, unter Ausschaltung aller unnötigen Zwischenglieder. Auf alle Fälle werden ihre Arbeiten die Aufmerksamkeit und Wißbegierde der Allgemeinheit wecken und früher oder später wird die wachsende Ueberzeugung, daß die Volksernährung nicht der ergiebige Jagdgrund privater Interessen sein darf, unzweifelhaft eine grundlegende Aenderung herbeiführen.

Die neue Regierung und das Arbeitszeitgesetz.

Die neue Regierung hat in ihrem Regierungsprogramm eine Erklärung über den Achtstundentag vermieden. Die Frage war wichtig genug, um von einer neuen Regierung in dem Augenblick, als sie zum ersten Male vor den Reichstag trat, geklärt zu werden. Wäre das geschehen, so hätte man viel Unruhe unter der Arbeiterschaft vermieden.

Nun ist der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns von der Zentrumspartei dem von Arbeitnehmern durchgesetzten Gutachten des Reichswirtschaftsrates gefolgt, und hat den Achtstundentag für die Hüttenbetriebe wieder eingeführt, allerdings um einen Monat später, als das Gutachten vorsah. Wir haben nun Veranlassung, und denken dabei an die energische Haltung der Vertreter des Reichsarbeitsministers im sozialpolitischen Ausschuß gegenüber den von ihnen geforderten Verbesserungen in der Erwerbslosenfürsorge, daß Dr. Brauns es als Sozialminister ablehnen wird, Werkzeug der sozialpolitischen Gegner der Arbeiterschaft zu werden. Jedoch erscheint es klug, um diese gute Meinung über Herrn Brauns zu stützen, wenn er selbst Kompromisse in der Art vermeidet, wie sie sehr wahrscheinlich der Verschiebung der Einführung des Achtstundentages in der Hüttenindustrie zugrundeliegen. Alle Welt weiß heute, daß in der Regierung Luther Leute sitzen, die nicht berufen und auch nicht gewählt sind, die sozialpolitischen Errungenschaften der Arbeiterschaft zu schützen und zu fördern. Allerdings sind diese Leute klug und vorsichtig. Sie werden nicht mit der Tür ins Haus fallen, besonders nicht in der Achtstundentagfrage. Aber darauf kann man sich verlassen: Der Pferdefuß wird bald zum Vorschein kommen.

In dieser Beziehung beunruhigte er die Vernachlässigung der ganzen Arbeitszeitfrage. Wir wissen, daß eine vorsichtige Bureaukratie in guter Witterung des politischen Kurswechsels und für alle Fälle zwei Entwürfe eines neuen Arbeitszeitgesetzes in der Schublade liegen hat. Je nachdem sich die Situation gestaltet, wird man den Entwurf für oder gegen die Forderung der Arbeitnehmer hervorholen. Aber auch hier werden die neuen Männer sehr klug verfahren.

Wie wir wissen, soll die Frage des Entwurfes eines neuen Arbeitszeitgesetzes vorerst in einem Ausschuß, der zwei bis drei Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfaßt, besprochen werden. Dagegen sind Einwendungen erhoben worden, so daß der Ausschuß erweitert werden mußte. Zu einer Tagung des Ausschusses ist es aber bis jetzt nicht gekommen. Notwendig ist es, die Behandlung des Problems unbedingt zu beschleunigen, wenn Deutschland in den Genuß der Auswirkungen eines unbeschränkten Achtstundentages schon in handelspolitischer Beziehung kommen will.

Im allgemeinen denkt man an eine Regelung durch ein Rahmengesetz, die sich an das französische Arbeitszeitgesetz anlehnt. Dabei soll der Grundsatz des Achtstundentages festgehalten werden; jedoch sind Abänderungen aus den bekannten Gründen vorgesehen. Hier muß unbedingt in dem neuen Gesetz stärker betont werden, daß die Abweichungen vom Normalarbeitstag durchaus von der Zustimmung der Organisationen der Arbeitnehmerschaft abhängig gemacht werden. Das Neue an der beabsichtigten Regelung wird sein, daß sie nicht generell wie heute ist, sondern auf die Eigentümlichkeiten der in Frage kommenden Industrien Rücksicht nehmen soll. In beteiligten Regierungskreisen ist man gewillt, zunächst, diese Regelung zuerst für die Metallindustrie durchzuführen.

Man muß abwarten, wie sich die Verhandlungen im Einzelnen gestalten werden. Aufgabe der Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft wird sein, den reinen Achtstundentag wieder herzustellen, der dann seine Sanktionierung vor aller Welt durch die Ratifizierung des Abkommens von Washington erfahren muß.

Gewerkschaften und Parteipolitik.

(Aus der Gewerkschaftsdiskussion.)

Auf der Geschäftsführerkonferenz des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Görlitz hielt Genosse Schulz vom Vorstand dieses Verbandes einen Vortrag über die politischen Interessen der Gewerkschaften im allgemeinen und des Textilarbeiterverbandes im besonderen und unsere Stellung zu den politischen Parteien. Der „Textilarbeiter" bringt in Nr. 3 einige Ausführungen daraus. Einleitend wird mit Recht das starke Interesse betont, das die Gewerkschaften und auch der Verband an der Zusammensetzung der Reichsregierung und des Reichstages sowie an der Führung der Regierungsgeschäfte haben, woraus sich die gewerkschaftlichen Versuche erklärten, die Regierungsbildungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Vor allem seien sie an der Gestaltung der Innen- und Außenpolitik und der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands interessiert. Jede Störung der außenpolitischen Beziehungen bedeutet schwere Erschütterungen für die deutsche Wirtschaft mit den Folgen der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit. Die dadurch verursachte Schädigung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft wirkt auch schädigend für die Arbeiterbewegung. Darum sei es für die Gewerkschaften ein Gebot der Selbsterhaltung, für gute Beziehungen mit dem Auslande einzutreten. Wollen sie aber in diesem Sinne wirken, so müßten sie in erster Linie den nötigen politischen Einfluß gewinnen.

Weiter hätten die Gewerkschaften, vor allem der Textilarbeiterverband, ein lebhaftes Interesse an den zollpolitischen Fragen. Auch an der Regelung der Arbeitszeit, des Tarif- und Schlichtungswesens, des Arbeitsvertrages, also am Ausbau des Arbeitsrechts, an den Arbeitsnachweisfragen, der Arbeitslosenversicherung und Sozialgesetzgebung seien sie hervorragend interessiert. Der Redner bekundete die Auffassung, daß der gewerkschaftliche Einfluß bei der politischen Interessenvertretung nicht genügend gewahrt sei. Schon bei den Zollverhandlungen im Jahre 1902 sei es unangenehm empfunden worden, daß damals kein Vertreter des Textilarbeiterverbandes im Reichstage saß. „In einer Zeit, in der die schwersten Kämpfe gerade um die Textilzölle geführt wurden, mußten wir diesen Kämpfen tatenlos zusehen. Es war uns unmöglich, aktiv an diesen Kämpfen teilzunehmen. Trotzdem die Textilzölle den Lebensnerv der Textilindustrie und der Textilarbeiterschaft treffen, sind wir auch diesmal wieder, wenn die Zollfragen im Reichstag zur Beratung stehen, als Verband völlig ausgeschaltet. In gleicher Weise sind wir ausgeschaltet, wenn uns berührende politische, arbeitsrechtliche, soziale und wirtschaftliche Fragen im Reichstag beraten werden." Auch bei anderen Fragen habe sich der Mangel einer Vertretung der Textilarbeiter bei politischen Entscheidungen fühlbar gemacht. Die Schuld an diesem Zustand maß der Redner der kaiserlichen Gesetzgebung zu, die den Gewerkschaften die Interessenvertretung in einer allgemeinen Arbeiterpartei unmöglich machte. Es mußte zwischen gewerkschaftlicher, politischer und genossenschaftlicher Organisation unterschieden werden. Infolgedessen hätten sich zwischen Partei und Gewerkschaften gewisse Gegensätze herausgebildet, die oftmals zu heftigstem Meinungsaustausch führten. Diese Gegensätze waren entstanden, weil die Partei in ihrem Kampf sich ganz auf die Erringung des Zukunftsstaates eingestellt habe, während die Gewerkschaften sich nur mit Gegenwartsfragen, vor allem der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer, beschäftigten. Im Gegensatz zu früher würden heute in der Partei nicht mehr Zukunftsprobleme, sondern in erster Linie aktuelle politische und wirtschaftliche Tagesfragen erörtert. Die Partei tue somit in der Nachkriegszeit das, was die Gewerkschaften schon immer getan haben: sie habe sich ganz auf den Tageskampf umstellen müssen. Nur in Sachsen und einigen andern Bezirken, in denen der Ueberradikalismus Trumpf ist, halte man in gewissen Parteikreisen noch an der alten, längst der Vergangenheit angehörenden Tradition fest, man könne sich dort in den veränderten Verhältnissen noch nicht zurechtfinden.

Nach diesen Feststellungen kam der Redner zu dem Schlusse, daß zur Zeit den Gewerkschaften die Führung der gesamten Arbeiterbewegung gebühre. Im Interesse einer gesunden Fortentwicklung der Arbeiterbewegung sei es dringend notwendig, daß diese Auffassung in absehbarer Zeit von allen deutschen Arbeitern geteilt werde.

Wir übergehen die weiteren Ausführungen des Redners, die sich besonders mit dem unhaltbaren Einfluß gewisser radikalistischer Kreise und Persönlichkeiten in der Partei befassen, der auch zur Spaltung der Arbeiterbewegung führte. Die von uns wiedergegebenen Ausführungen lassen den Gedankengang und die Ziele des Redners zur Genüge erkennen. Daß gleiche Gedankengänge auch in anderen Diskussionen über Gewerkschaftsprobleme eine Rolle spielten, dürfte unsern Lesern nicht unbekannt sein. Zu ihnen nimmt auch die „Gewerkschaft", das Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in ihrer neuesten Nummer Stellung, aber in entgegengesetztem Sinne, indem sie schreibt:

„Viele Gewerkschafter sind des ewigen Parteistreites müde und möchten auf irgendeine Weise erreichen, daß die Gewerkschaften sich ausschließlich den rein wirtschaftlichen und sozialpolitischen Problemen zuwenden und jegliche Politik aus ihren Reihen herausbringen, d. h. jegliche Politik, die irgendeinen Parteitendenzcharakter hat. Dabei gehen nun einige wieder zu weit und schießen unsres Erachtens über das Ziel hinaus, indem sie eine neue Partei (gewissermaßen wie sie die Engländer in ihrer Arbeiterpartei geschaffen haben), eine Gewerkschaftspartei schaffen wollen, die sich auch sogar — das ist in einigen Bezirken Sachsens und auch zum Teil in Berlin gesagt worden — eigene Parlamentsvertreter schaffen könnte.

Wir sind der Meinung und möchten dieser hier auch ganz unzweideutig Ausdruck verleihen, daß wir viel zu viel Parteien haben, und daß es unser Bestreben sein muß, wieder eine starke Einheitspartei der Arbeiterschaft herbeizuführen. Diese Tendenz erscheint uns durchaus nicht so aussichtslos, wie jene glauben, die um des jetzigen Parteistreites willen noch eine weitere neue Partei schaffen wollen. Eine ganze Reihe hervorragender Gewerkschafter sitzt zur Zeit im Reichstag in den Reihen der SPD. Es muß möglich sein, den Einfluß der Gewerkschaften im Reichstag wie im Landtag durch Personalunion so stark zum Ausdruck zu bringen, daß die berechtigten Interessen der Gewerkschaften dort voll wahrgenommen werden. Eine neue Gewerkschaftspartei würde bei Entwicklung ihres Programms ohnehin erneut in Zwiespältigkeiten mit der Mitgliedschaft geraten und die jetzige Auffassung innerhalb der Kommunistischen Partei, die Gewerkschaften für sich zu erobern, um daraus Rekrutenschulen des Kommunismus zu machen, würde dadurch in keiner Weise aufgehoben. Wir haben sehr oft die Beobachtung machen können, daß der verantwortungsvolle Gewerkschafter, soweit er in der Kleinarbeit eine bestimmte Funktion gewissenhaft ausfüllt, auch dann, wenn er Kommunist ist, sich der Einsicht nicht verschließt über die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes in seinen einzelnen Phasen. Von diesem Punkte aus muß die Gesundung der deutschen Gewerkschaften angestrebt werden. Die parteipolitische Anschauung des einzelnen Mitgliedes, die vielleicht von dem kommunistischen Grundgedanken der Gewaltpolitik und der Minderheitsdiktatur ausgeht, ist sehr schwer vereinbar mit der gewerkschaftlichen Taktik der Einzelerrungenschaften, der ungezählten täglichen Kompromisse des gewerkschaftlichen Kampfes, der Tarifabschlüsse und der immer wieder erneut Schritt um Schritt vordringenden Reformarbeit. Unsres Erachtens brauchen und können die deutschen Gewerkschaften aber deswegen keine neue Theorie aufstellen und keine neue Partei gründen, sondern sie brauchen nur ihre alte Grundlage, die grundsätzliche Einstellung des freien Gewerkschaftlers der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft so zu fassen, daß alle Fortschritte mit allen Mitteln anzustreben und zu erkämpfen sind, und daß jede kleinste Etappe des Fortschritts mit oder ohne Tarifvertrag vorgenommen werden muß, je nach den Umständen und nach den Möglichkeiten."

*

Die vorstehende Diskussion entnehmen wir der „Gewerkschaftszeitung". Die Frage selbst wird nach unsrer Auffassung kaum zur Ruhe kommen, denn die Aufgabengrenzen der Gewerkschaften haben sich im Vergleich zur Vorkriegszeit außerordentlich erweitert, sie haben ein viel größeres, vielseitiges Verantwortungsgefühl für die Gewerkschaften geschaffen, in das sie sich, allerdings noch tastend, einfühlen. Bei dieser vielseitigeren Tätigkeit scheint es ganz natürlich, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer auf vermehrten politischen Einfluß drängen. Daß nun dazu eine neue politische Partei nötig wäre, glauben wir auch nicht, denn von der schädigenden Vielheit der politischen Parteien in Deutschland ist sicherlich jeder vernünftige einsichtige Wähler und Wählerin überzeugt. Aber etwas andres ist es, ob der politische und statutarische Rahmen der politischen Organisation von heute genügt! Darauf konzentriert sich nach unsrer Auffassung die Frage, die vom „Textilarbeiter" aufgerollt wurde.

Wie die Verhältnisse heute liegen, sehen die freien Gewerkschaften ihre politische Vertretung in der SPD., obgleich ein Teil der Mitglieder nach ganz links — KPD. — neigt. Warum die

Der Steinarbeiter Meisterwerk.

Von Dr. K.

„Seltge Säulen wie
Spindeln der Melodie!
Jede singt, da sie steigt,
Schweigen, das einig schweigt.
Meißel aus unsern Wiegen
Holten uns, golden und kalt;
Wie die Lilien stiegen
Wir in diese Gestalt!" Rilke.

Wer vom Adriatischen Meer her bei Sonnenaufgang sich Venedig und seinen Wunderwerken nähert, dem wird die Steinbaukunst zu einem beseligenden Erlebnis. Rot entsteigt die Sonne den blauen Fluten, des Schiffes Kiellinie weist wie ein Pfeil nach dem Land der Griechen. Verschämt wie junges Lieben glutet die Tempelstadt vom Wellenspiel umtost, höher und immer näher wuchten ihre Obeliskentürme bis an den Himmelsrand. Umfassenderhaltend umgürten die zyklopischen Wellenbrecher den Lagunensaum 20 Kilometer weit und bis 10 Meter hoch. Noch sind die mächtigen Quader in wohlgefügten Verbänden in Etagen getürmt, eindrucksgewaltige Zeugen der tausendjährigen Seemacht Venetias. Steigend wie im Drama wächst die Bewunderung, und wenn wir erst den Fuß auf die Riva dei Schiavoni setzen, oder vom 99,8 Meter hohen Glockenturm (campanile) der St. Markuskirche die Rundschau genießen, so fragen wir erstaunt, woher denn die Steinmetzen das Baumaterial herholten. Bis zu den verblauenden Euganeen und Friaul ist nirgends weder Stein noch Schotter, Kies, Sand, ja nicht einmal Lehm zu erblicken; der Baugrund besteht aus Schlamm, die Stadt steht auf Millionen von hölzernen Pfahlrosten. Also selbst das Fundament fehlt und dennoch weitet sich dieses märchenhafte Meisterwerk unvermittelt senkrecht aus den Wasserauen und Kanälen vom flachen öden Festlandsaum getrennt, wie geschiedene Eheleute, wie eine lustige Witwe.

Heute wohnen über 160 000 Menschen auf einer Oberfläche von 7062,744 Quadratkilometer mit mehr als 150 Kanälen, 369 Brücken verbinden sie, worunter die Rialto-Brücke mit 48 Meter Länge, 22 Meter Breite, in einem einzigen Bogen von 27,6 Meter den Canale grande überspannt. Unter den öffentlichen Plätzen verdient der Markusplatz, 175 Meter lang und 82 Meter breit, besondre Erwähnung, nannte ihn doch Napoleon I „den herrlichsten Salon" und Petrarca als „der einzige in der Welt dastehende", denn er trägt an seiner Ostseite die St. Markuskirche, die reichste und herrlichste der Welt. Sie besitzt im ganzen allein über 6000 antike Säulen, eine wahre Mustermesse von Säulen, während ganz Rom nur 7000 beherbergt, dafür aber noch 13 Obelisken, wovon der am St. Petersplatz 25,13 Meter hoch und 327 784 Kilogramm schwer, und der am Lateran sogar 31,77 Meter hoch ist. Die Säulen-Symphonie allein an der Westfassade mit den nach dem Innern der Portale zunehmenden Farbenreichtum leitet und geleitet den Bewunderer nach dem unbeschreiblich majestätischen Innern mit seiner sinnverwirrenden, in allen Farben prangenden Steinbaukunst. Am Klemens- und am Petrus-Portal „schweigen" noch je vier Marmorsäulen mit fremdartigsten Kapitälen vom Salomonstempel in Jerusalem, im Langschiff links prangen die 2 berühmten Rundsäulen aus Lukullan (Weiß-Schwarzmarmor von „weit hinten aus der Türkei"), die nur noch übertroffen werden von den halb durchscheinenden sogenannten Alabastersäulen (richtiger Onyx) aus Aegypten. Die 4 kostbarsten gewundenen Altarsäulen aus Lapislazuli, in Himmelsbläue schimmernd, besitzt die Assuntakirche. Alle Marmorarten wetteifern mit einander in allen Farben, auch im Fußbodenmosaik, in den Wandfliesen, Statuen, Weihwasser- und Taufbecken; alles aber muß erbleichen vor den bunten Intarsien (Steineinlegearbeit) in der Sakristei, ähnlich denen der Certosa bei Mailand. Soll man mehr die Geduldsarbeit, das Kunstempfinden, den Geschmack bewundern, oder die Umsicht ihrer unversehrten Erhaltung besonders auch der Mosaiken, selbst der an der Westfassade im Windluv (Wetterseite)? In der Assuntakirche tragen die marmornen Wände und sogar vier Rundsäulen von je ca. 6 Meter Höhe auf dem ganzen Schaft solche kunstvoll geschlungene Intarsien auf weißem Marmorgrund. Die Markuskirche ist allein schon ein ganzes Freilichtmuseum edelster Kunst, eine Mineraliensammlung, die auch dem Fachmann manches Rätsel über die Herkunft der einzelnen Bausteine aufgibt und welche auch die 103 Bände der Geschichte der Markuskirche nicht zu lösen vermögen. Wo keilt der gewachsene Fels, „die Wiege", so mancher Säule zu Tag aus? Und jede „schweigt" ihre Geschichte. Verklungen und verschollen sind die Namen der Steinmetzen, dieser anspruchslosen Meister, geblieben sind uns ihre Werke, ihnen zur Ehre, uns zur Begeisterung, zur reinen Freude, den Werdenden zum Vorbild. Viele dieser Steinbrüche sind heute schon ganz ausgebeutet, wie z. B. auch der Marmor des Doms von Mailand oder richtiger der praetriassische Quarzit von Candoglia-Ornavasso bei Domodossola, die meisten Säulen aber entstammen den orientalisch-hellenischen Tempeln von Ephesus, Byzanz usw. und wurden so vor der Zerstörung und dem Zahn der Zeit bewahrt. Unter den römischen Kaisern Lucullus, Nero usw. war das Gefühl für Prunk und Pracht derart lebendig, daß die Steinbrüche bis in den Hindukusch hinein verstaatlicht wurden; Kaiser Justinian bezahlte allein an Löhnen für den Bau der Aja Sofia in Byzanz 150 Zentner Gold und rief bei der Einweihung 534 n. Chr. aus: „Salomon, ich habe dich übertroffen!" Wir können an Hand der noch erhaltenen Teile der römischen Prachtbauten uns unmöglich ihre einstige hoheitsvolle Schönheit im Geiste wiederaufbauen, wie die alten Geschichtsschreiber sie uns schildern „Wir tragen die Trümmer ins Nichts hinüber und klagen über die verlorene Schöne." (Goethe, Faust I.). So ist es denn für die Steinbaukunst ein wahres Verhängnis, daß im deutschen Sprachgebiet mit Ausnahme der Portag praetoria in Regensburg und der Porta nigra in Trier der ganze römische Pfahlgraben von 452 Kilometer Länge und allen seinen Kunstbauten, allein ein größeres Werk als die chinesische Mauer, zertrümmert wurde.

Allein am überwältigenden Reichtum der Mosaiken, Marmore, Granite hat die St. Maukuskirche keine Nebenbuhlerin. Sehr zahlreich sind die Cipollo-Säulen mit den zwiebelschaligen Flammen, der greco duro-parischer Marmor, durchscheinend, der pentelische greco fino, aus dem auch die Säulen des Parthenons bestehen, ferner der Statuenmarmor von Carrara, der bläulich-weiße bis graublaue Bardiglio (Tauf- und Weihwasserbecken), der nero antico, rein schwarz aus Oberägypten-Lucullan, der Marmor Jaspis mit grünen Zickzackstreifen auf hellrotem Grunde aus Sizilien, dann der phrygische Marmor, ein Kalkglimmerschiefer, der Muschelmarmor (Lumachelle). Onyxe Kameensteine, Chalcedon, Karneole, Parangon, Brocatello von Verona, Porphyhre aus Tirol und Cypern usw. usw. Fremd und ureigen muten den Bewunderer die zum Teil eckigen Säulen aus Verrucano-Nephrit-Porphyr-Breccien, Konglomeraten usw. an, welche die achteckige Kanzel tragen, von der aus der Doge Dandolo 1203 die Eroberung von Byzanz ankündete. Im übrigen bestehen die Bauten Venedigs aus Ziegelkernen, die Fassaden, Säulen, Brücken usw. aus Istriens oberm Jura, weiß anwitternd, daher marmorähnlich, sehr widerstandsfähig, das vorzüglich erhaltene Straßenpflaster in ca. 40 × 60 Zentimeterfliesen ist ein quarzreicher Sandstein, den dort kein Huf, kein Rad, kein Schuhnagel abwetzt. Alles Baumaterial mußte also mit Seglern auf des Meeres tückischem Rücken hergefrachtet werden. Auch Goethe bewunderte „diesen Vorhof von Rom" bei seinem zweimaligen Aufenthalt in Venedig (28.9. bis 14. 10. 1786 und 31. 3. bis 22. 5. 1790), wo er auf dem lido den menschlichen Zwischenkiefer entdeckte, was ihm 1825 den Dr. med. honoris causa eintrug. Möchten doch seine Worte allen und besonders den städtischen Bauherren als Leitmotiv dienen: Diese Menschen arbeiten für die Ewigkeit. Immer derselbe große Sinn, eine zweite Natur, die zu bürgerlichen Zwecken handelt, das ist ihre Kunst: Baukunst, ist erstarrte Musik, die Architektur ist eine verstummte Tonkunst, die Töne verhallen, aber die Harmonie bleibt. Die Bürger einer solchen Stadt wandeln und weben zwischen ewigen Melodien und die Bürger am gemeinsten Tage sind des höchsten, sittlichen und religiösen Genusses teilhaftig. Dagegen in einer schlechtgebauten Stadt lebt der Bürger unbewußt in der Wüste eines düsteren Zustandes." — Die Fähigkeit, sich zu begeistern, war für Goethe Lebensbedingung. So ist denn Venedig noch die lebendige Erbin von Hellas und Byzanz mit seinen kunstbegeisterten Bürgern, gemischt aus seegewaltigen Illyriern und blondlockigen Langobarden suevischen Stammes von der linksseitigen Unterelbe (Barwieck) mit der Parole: navigare necesse est (Schiffahren und gondeln muß man). Werfen wir daher auf dieses noch erhaltene Kleinod der Steinbaukunst, die dem toten Stein des Lebens warmen Hauch verleiht, in dankerfüllter Huldigung und Begeisterung unsre Blicke — aber keine Bomben mehr, platzte doch eine von den 226. die auf „die Königin der Adria" fielen, pätsch vor der Märchen-Mystik der Westfassade, in deren Partikus noch die 8 Säulen „vom Berge Moriah, von dem uns die Hilfe kommt", wie die Lilien steigen und — schweigen.

Die kleinen Geister, die immer gleich „scharf" vorgehen wollen, sie gleichen den kleinen Kindern; wenn diese recht schnell gehen, kommen sie doch nicht so schnell vorwärts, als sie sich einbilden — ihre Beinchen sind zu kurz.

*

Katze und Hund kommen blind auf die Welt und haben doch später ein sehr scharfes Auge für ihre Feinde, während der Mensch gleich sehend geboren wird und hat doch später oft ein so schlechtes Auge, um seine Freunde zu erkennen — ja mancher wird alt und hat sein Leben lang seine Feinde für seine Freunde gehalten.

Aus: „Zwischen Hammer und Meißel."

letzteren von den Gewerkschaften nicht auch als ihre politische Vertretung angesehen werden können, haben wir an dieser Stelle gelegentlich der vorjährigen Wahlen mit aller Deutlichkeit gesagt, und es drängt sich erfreulicherweise in der Arbeiterschaft auch immer mehr die Erkenntnis durch, daß Radau, Schimpfen, Verleumden und sonstiges Gezeter noch lange keine Politik ist und Gegenwarts- wie Zukunftserfolge nur mit ganz andern Voraussetzungen und Methoden erzielt werden können. Wenn wir also von der politischen Vertretung der Gewerkschaften reden, dann sind es die Parlamentsvertreter der sozialdemokratischen Partei wie diese überhaupt.

Welch hohes Interesse für die politischen Vorgänge heute unter den Gewerkschaftsmitgliedern Platz gegriffen hat, beweisen uns einige Zuschriften von Mitgliedern und Zahlstellenverwaltungen aus ganz entfernten Steinbruchsgebieten, die von jedem Verkehr abseits liegen. Diese Zuschriften sind durchweg voll banger Sorge wegen der Rückwirkung der Regierungsbildung auf die wirtschaftlichen Erfolge der Gewerkschaften. Die Schreiber der Zuschriften gehören alle der sozialdemokratischen Partei als Mitglieder an und in einer wird sogar die Frage aufgeworfen, ob die Partei mit ihren 131 Mandaten wirklich klug und taktisch richtig gehandelt habe, weil sie bei den ganzen Vorgängen so ausgefallen ist. Abgesehen von der Zweckmäßigkeit dieser gestellten Frage beweist uns als Steinarbeiter das Vorstehende doch mit aller Deutlichkeit: das stärker gewordene, natürliche Interesse am Staatsleben; aber auch das wachsende Verantwortungsgefühl! Wir wissen wohl alle, daß der Ministerverbrauch im Reichsparlament über das erträgliche Maß längst hinaus geht, denn jedem Wähler muß einleuchten, daß die kurzlebigen Minister nicht zum Schaffen für die Volksgemeinschaft kommen können. Der beste Beweis ist der Hinweis auf das stets wieder unterbrochene Wirken des früheren sozialdemokratischen Justizministers Prof. Dr. Radbruch und verschiedenen andern. Daran ist gewiß nicht die Partei als politische Vertretung schuld, das liegt an der politischen, parlamentarischen Konstellation, hervorgerufen durch die Unvernunft proletarischer Wählermassen. Diese Konstatierung genügt aber auf die Dauer dem wachsenden Verantwortungsgefühl für das staatliche Fundament nicht. Dieses Verantwortungsgefühl strebt nach Abstellung, daher auch das Verlangen aus gewerkschaftlichen Kreisen nach größerem politischen Einfluß und nicht gänzliche Ausschaltung an den maßgebenden politischen Stellen. Vielleicht bringt die parlamentarische Lebensdauer der neuen Regierung alle diese Fragen für Gewerkschaften und Partei schneller zur Klärung und Lösung wie uns jetzt bewußt ist. Eine öffentliche Diskussion über diese uns angehende wichtige Materie halten wir sogar in der gegenwärtigen Situation für nicht glücklich, jetzt heißt es im Hinblick auf die Vorgänge, unsre Anhänger schulen und erziehen, damit uns nicht andre Vorkommnisse überrennen.

Zum Schluß noch ein kurzer Hinweis. „Der Textilarbeiter" hat bereits im letzten Viertel des verflossenen Jahres in einem Artikel: „Aussprechen was ist", das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei besprochen und dabei mit manchem den Nagel auf der richtigen Stelle getroffen. Einige politische Tageszeitungen der SPD., in der Hauptsache sächsische, haben mit der üblichen Entrüstung von diesem Artikel Kenntnis genommen und im übrigen geglaubt, mit dem bekannten Finger auf diese Meinungsäußerung hinzuweisen. Im Aufdecken und im Annageln andrer Leute Meinungen gibt es bekanntlich auch in der Arbeiterbewegung Spezialisten, könnten sie zahlenmäßig erfaßt werden, würde das sächsische Ergebnis gewiß nicht an letzter Stelle stehen. Und wenn man die jammervollen politischen Vorgänge seit Jahr und Tag in Sachsen verfolgt, dann macht man die so oft schon beobachtete Feststellung, daß gerade diejenigen, die immer gewohnt sind und sich damit brüsten, frei von der Leber weg zu sprechen, oft am meisten erstaunt und empört sind, wenn andre ihnen gegenüber diese Tugend üben. Wie gesagt, das ist eine alte Erscheinung in der Arbeiterbewegung, nur hält sie heute keine Gedanken mehr im Bann, weil es doch etwas anders geworden ist mit dem Einfluß der Wirtschaft und dem Staatsfundament. Die Vorgänge in Sachsen lassen die Gewerkschaften durchaus nicht uninteressiert, was auch in den Artikeln des Textilarbeiters zum Ausdruck kommt. Herausgelöst aus dem unerquicklichen persönlichen und formalen Krimskram handelt es sich in Sachsen letzten Endes um abseits stehendes Negieren in alter parteikonservativer Ueberlieferung auf der einen Seite und auf der andern um verantwortungsvolle Mitarbeit im und am Staate, wobei nicht vergessen werden darf (ein alter politischer Fehler), daß vor den Toren auch noch Leute wohnen. An der Erledigung dieses Streits in Sachsen haben die Gewerkschaften sicherlich Interesse, ohne daß sie sich vorläufig in den häuslichen Streit der politischen Partei Sachsens einzumischen brauchen.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Unsre Lohnkämpfe. Streik in **Naumünzach** (Betrieb Trentini). In **Bielefeld** bei den Firmen: Neumann u. Tremme, Stern, Greiner. In **Offenbach** sperrte die Kunststeinfirma Ermold unsre Kollegen aus.

Gesperrt. In **Detmold** und **Hiddesen** die Betriebe Meier und Maier u. Sohn. — In **Karlsruhe** die Grabmalgeschäfte: Albert Mürnser, Konrad u. Fürter, Steiner u. Giltlinger, Hugo Kromer, Andr. Klennert, Wilhelm Mußberper sind für unsre Verbandskollegen gesperrt, weil sie nicht den durch Schiedsspruch festgesetzten Lohn bezahlen. — In **Eschershausen** die Kalk- und Dolomitbetriebe und Steinhauereien der Firmen Hartmann, Dräger, Hils. — Nach **Baumholder** in das dortige Granitwerk von Dr.-Ing. Paul Burger lehnt jeder Kollege ein Arbeitsangebot ab.

Zuzug fernhalten. Außer den Orten, die unter Streik und Sperre genannt sind, aus dem **Ruhrkohlen-Sandsteingebiet.** — Von **Sangerhausen** (C. Lehmann und K. Staab). — Vom Steinbruchsgebiet **Hasserode** im Harz. — **Köslin.** Die Steinsetzer-Firma Hermann Schramm-Köslin beabsichtigt nur mit unorganisierten Steinsetzern ihre Arbeiten fertigzustellen. Dieses Vorhaben ist ihr allerdings noch nicht in vollem Umfange gelungen. Zwar arbeiten dort zwei Brüder des Unternehmers, die ihrer Pflicht gegen den Verband nicht nachkommen, und ein weiterer Kollege, der ebenfalls dem Verbande den Rücken kehrte. Alle andern Kollegen verließen aber diese Firma, die deshalb von allen Kollegen zu meiden ist.

Schweiz. Die Marmorindustriellen haben den bestehenden Landesvertrag gekündigt, sie beabsichtigen Verschlechterungen einzuführen. Bereits gehen sie mit Maßregelungen vor und suchen Marmorarbeiter im Ausland anzuwerben. Wir warnen dringen vor Zuzug.

Reichslohntarif für die Granitschleifereien. Die Lohnvereinbarungen für die Gesamt-Granitschleiferei wurden von uns gekündigt und die von den Zahlstellen beantragte Erhöhung der Löhne an die Unternehmerorganisation eingereicht.

Mehr Ehrlichkeit! Unter diesem Stichwort schreibt uns ein Kollege aus einem großen Steinbruchsgebiet folgendes: „Wöchentlich ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag", so steht es in den Statuten des Steinarbeiterverbandes wie auch der meisten anderen Verbände — auf Beschluß — geschrieben. Wie sieht's denn aber damit in Wirklichkeit aus? Jeder einzelne Kollege sollte seine Ehre darin sehen, den statuarischen Verpflichtungen nachzukommen. Aber weit gefehlt! Da gibt's mitunter Schlaue, die glauben, erst Steuern, Kranken- und Invalidenbeiträge abrechnen zu können und dann von dem Rest den Stundenlohn errechnen wollen. Aber der daraus resultierende Wochenbeitrag ist dann manchen noch zu hoch. Die Akkordarbeiter wollen nicht gern nach dem tatsächlich verdienten Lohn zu den Verbandsbeiträgen herangezogen werden, der tariflich garantierte Stundenlohn ist ja bekanntlich niedriger, also, so wird argumentiert, brauchen wir auch nur die Beiträge nach diesem tariflichen Stundenlohn zu bezahlen. Nein, Kollegen, so geht das nicht! Soll der Verband eine schlagfertige Kampfesorganisation sein und bleiben, dann muß jeder Kollege für das nötige „Pulver" sorgen, indem er seine Verbandsbeiträge nach seinem tatsächlichen Verdienst entrichtet. Vor allem aber haben die höher verdienenden Akkordarbeiter die Pflicht, Verbandsbeiträge nach ihrem wirklichen Verdienst zu bezahlen, denn es schafft Unfrieden und Verbitterung unter den Kollegen, wenn ein Hilfsarbeiter, der meist im Stundenlohn bedeutend weniger verdient, einen vollen Stundenlohn entrichten soll, während sich Akkordarbeiter von ihrem statutarischen Beitrag drücken. Also tue ein jeder ehrlich seine Pflicht dem Verbande gegenüber, dann wird der letztere zu dem werden, was er sein soll: Ein Mittel für die gesamten Steinarbeiter zur Erringung auskömmlicher Löhne und eines menschenwürdigen Daseins."

*

Dem Vorstehenden können wir ohne weiteres beistimmen. Es ist nur eine Wiederholung und Bekräftigung längst festgelegter Verbandstagsbeschlüsse, die im Verbande als Gesetz gelten. Leider handeln einige Kollegen nach dem geflügelten Wort: „Gesetze sind dazu da, um umgangen zu werden." Diese Moral dürfen wir natürlich im Verbande nicht hochkommen lassen! Und wenn nun die Mitglieder sich selber dazu rühren, wie das Vorstehende beweist, dann ist das gewiß ein erfreuliches Zeichen.

Achtung, Betriebsvertretungen!

In dem am Jahresschluß erschienenen lesenswerten Buche „Gewerkschaften und Arbeitsrecht", Band IV der Gewerkschaftlichen Jugendbücherei, wirft der bekannte Verfasser Cl. Nörpel am Schlusse des Kapitels: „Die Räte" einige wichtige Fragen für die gesetzlichen Betriebsvertretungen auf und, was wichtig ist, er beantwortet sie auch in prägnanter Weise. Die Betriebsrätewahlen stehen bevor; wir bringen deshalb die Fragen und Antworten unsern Verbandsmitgliedern zur Kenntnis, damit wird auch zugleich erneut auf den Anschaffungswert des Buches hingewiesen:

Was bringt das Betriebsrätegesetz den Arbeitnehmern?

1. Es schafft in den Betrieben gesetzliche Vertretungen der Arbeitnehmer, welche das kollektivistische Prinzip vertreten und für die Vereinigungsfreiheit eintreten können;
2. es gibt die Möglichkeit, soziale Aufgaben als Ueberwachungsorgan zu erfüllen;
3. es gestattet einer großen Zahl von Arbeitnehmern, sich als Betriebsräte praktische Wirtschaftskenntnisse anzueignen.

*

Was kann das Betriebsrätegesetz nicht bringen?

1. Keine besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen;
2. keine Uebernahme der Betriebe durch die Arbeitnehmer.

*

Was ist die höhere Form des Mitbestimmungsrechtes?

1. Das kollektivistische Prinzip;
2. starke Gewerkschaften;
3. der Tarifvertrag.

*

Warum kann das nicht anders sein?

1. Weil die Arbeitnehmer sich nicht allein auf gesetzliche Körperschaften stützen dürfen, denn diese können durch die Gesetzgebung wieder beseitigt werden;
2. weil nur die freie Vereinigung der Arbeitnehmer in Gewerkschaften die volle Macht der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt, die unabhängig von einer politischen Situation immer vorhanden ist, wenn die Arbeitnehmer sich ihre starken Gewerkschaften erhalten;
3. weil die Umstellung der Wirtschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus kein an den einzelnen Betrieb gebundener Prozeß ist, sondern von der Umstellung der Köpfe auf den Kollektivismus und auf den Sozialismus abhängt, was nur überbetrieblich durch Gewerkschaften und Partei durchgeführt werden kann;
4. weil sich die Macht der Betriebsräte nur auf die Gewerkschaften stützen kann.

*

Was müssen die Arbeitnehmer zur Durchführung des Mitbestimmungsrechtes überhaupt tun?

1. Starke Gewerkschaften schaffen;
2. die Weisungen derselben befolgen und Disziplin halten;
3. ihre Kenntnisse über Arbeitsrecht, Volkswirtschaft und Privatwirtschaft theoretisch und praktisch erweitern.

Obermendig. Der Kollege Jos. Urmersbach unsrer Zahlstelle führt seit einiger Zeit in seiner Schreibwarenhandlung ein Büchlein mit dem Titel „Schlagworte des gottlosen Sozialismus und Kommunismus". Im Anhang dieses Büchleins geht es auch gegen die freien Gewerkschaften los. Es ist uns nicht bekannt, ob der genannte Kollege aus Ueberzeugung dieses Schriftchen zum Verkauf anbietet, oder ob er von einer andern Seite dazu bewogen wurde. Auf jeden Fall steht das eine fest, daß man durch dieses Schriftchen versucht, uns in hiesiger katholischer Gegend die Partei- bzw. die freien Gewerkschaftsmitglieder abzujagen. Wir würden keine Worte darüber verlieren, wäre Urmersbach nicht einer von denen gewesen, die die Zahlstelle des freien Steinarbeiterverbandes in Obermendig ins Leben gerufen hätten. Urmersbach bekleidete seit der Gründung der hiesigen Zahlstelle kurz vor dem Kriege den Kassiererposten bis zum Juli 1921, wo er denselben dann abgab. In der Sozialdemokratischen Partei führte er verschiedene Jahre den Vorsitz. Urmersbach gewann in diesen Stellungen das Vertrauen der Obermendiger Steinarbeiter und wurde als Spitzenkandidat in den Gemeinderat gewählt, wodurch es ihm gelang, auch noch als Bürgermeistervertreter zu funktionieren. Ueberall, wo Urmersbach in den Versammlungen auftrat, verfocht er seine Sache für die sozialistische Arbeiterbewegung. Immer wieder warb er für die freie Arbeiterpresse, die Rheinische Warte. Wir alle, die mit dem Kollegen Urmersbach in Funktionen tätig waren, hatten geglaubt, daß er alle seine Arbeit für die gute Sache aus reinem Ideal ausführen würde. In diesem Glauben wurden wir aber sehr getäuscht, denn es stellte sich bald heraus, daß in Urmersbach mehr Egoismus als Idealismus vorhanden war. Man konnte in seinen ganzen Handlungen wahrnehmen, daß er mehr wegen persönlicher Vorteile arbeitete und ein Streber war, der „Höheres" werden wollte, vielleicht Gewerkschafts- oder Parteisekretär. Nachdem er sich in seinem Strebertum zurückgesetzt sah und als sein Rausch (in der Oeffentlichkeit eine Rolle zu spielen) verschlafen war, brach er in allen Funktionen zusammen. Die Ortsgruppe der sozialdemokratischen Partei ließ er unter seiner Führung versacken. Die Posten im Gemeinderat und Bürgermeistereirat vertrat er nicht mehr, so daß es dadurch fertiggebracht wurde, daß die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion, welche beinahe die Hälfte des Gemeinderats darstellte, in sich zusammenbrach und nichts mehr Positives für die Arbeiterschaft hervorbrachte. Urmersbach brachte es soweit, daß er fast gänzlich von den Gewerkschaftsversammlungen fernblieb. Aber das Maß war noch nicht ganz voll. Jetzt holt Urmersbach zum letzten, aber auch gefährlichsten Schlage gegen die freie Arbeiterschaft aus. Ueber derartigen Gesinnungswechsel lachen am meisten unsre Gegner von der christlichen Gewerkschaft und der Zentrumspartei, womit Urmersbach so manchmal in der Fehde gelegen hatte. Wir können Urmersbach und seinen Hintermännern die feste Versicherung geben, daß die freie Arbeiterschaft sich durch dieses Büchlein nicht beirren läßt und treu ihrer Ueberzeugung gemäß an der guten Sache festhält. Urmersbach wird in Zukunft von uns so betrachtet, als wenn er überhaupt nicht mehr für den freien Steinarbeiterverband und die Partei da wäre, er muß in das Lager gehen, wohin er längst gehört. Aber eines geben wir ihm mit auf den Weg: die freie Arbeiterbewegung marschiert „trotz alledem". Seinem Ausschluß suchte er zuvorzukommen durch Austrittserklärung. Das soll uns aber nicht hindern, sein Gebaren in der öffentlichen Steinarbeiterbewegung anzunageln. Auch hat er seinen Charakter nochmals offenbart, indem er einen Brief des Verbandsvorstandes, der ihn auf Grund seiner früheren Verdienste zur Einkehr ermahnte, im gegnerischen Organ veröffentlicht. Also ein „Mann über Bord", sagt der Seemann; um den ist es schließlich nicht schade, denn wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Und am Ort werden wir mit dem Abtrünnigen schon fertig werden. Egoistische Streber laufen sich immer tot, sie finden auch bei aufrechten Gegnern dauernd keine Gegenliebe.

Steinsetzer und Pflasterer.

Schneidemühl. Die am 11. Januar stattgefundene Generalversammlung nahm nach den Berichten des Vorstandes zu der Neuregelung des Tarifvertrages Stellung, des weiteren wurde die Wahl der Lohnkommission vorgenommen. Die Jahreskontrolle der Verbandsbücher zeigte, daß ein Teil der Kollegen seinen Pflichten nicht in vollem Umfange nachgekommen war. An diese richtete der Vorstand mahnende Worte zu treuer Mitarbeit im kommenden Jahre. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Gesellenausschußwahl und stellte die Kandidaten dazu auf. Mit dem Gelöbnis, treu jederzeit in unserm eignen Interesse zum Verbande zu halten, wurde die Versammlung nach der Wiederbestätigung des Vorstandes geschlossen.

Germerode. Im Mai des Jahres 1924 konnte die Zahlstelle Germerode auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Eine Feier dieses frohen Ereignisses konnte erst am 17. Januar stattfinden, da die Kollegen im Sommer zumeist außerhalb der Heimat tätig sind und erst im Winter sich geschlossen wieder zusammenfinden. Sechzehn Kollegen sind seit der Gründung der Zahlstelle ununterbrochen Mitglieder des Verbands, ihre Treue wurde durch die Ueberreichung des Verbandsgedenkblattes belohnt. Kollege Heinrich Hübenthal, selbst ein Jubilar, gab einen historischen Rückblick über die Schwierigkeiten, die die junge Zahlstelle Germerode bei ihrer Gründung zu überwinden hatte. Alle im engen Kreise einer Gemeinde vorhandenen Kräfte des früheren Obrigkeitsstaates waren bemüht, den Samen der Organisation zu vernichten. Doch vergebens, alle Schikanen und alle Schwierigkeiten wurden durch die Treue der Kollegen zu ihrer Organisation überwunden. Zahlreich waren die Kämpfe, in welche die Zahlstelle und ihre Mitglieder verwickelt wurden. Weiter gedachte der Redner der 22 im Weltkriege gefallenen Kollegen, darunter die besten Kämpfer für den Verband. Die Lieder „Ich hatt' einen Kameraden" und „Morgenrot" gaben dieser Ehrung der Toten das Relief. Mit der Aufforderung, nicht zu erlahmen im Kampfe für die Interessen der Arbeit und das Beste zu tun, um den stolzen Bau der Organisation immer weiter zu festigen, schloß der Redner. Weiter wurde des Leiters der Zahlstelle, des Kollegen Nickel, gedacht, der seit dem Kriege die Geschicke der Zahlstelle leitet. Auf die Aufgaben der Gegenwart, die die Gewerkschaften jetzt zu erfüllen haben, ging der Bezirksleiter Konrad Reis ein, der an Stelle des verhinderten Kollegen Göhre erschienen war. Im besonderen wies er darauf hin, daß die Jugend sich die Taten der Alten zum Vorbild nehmen muß. Ungehindert von polizeilichen Maßnahmen können sie jetzt in aller Freiheit am stolzen Baue der deutschen Gewerkschaften arbeiten. Und einig müssen sie sein, auf allen Gebieten, dann wird wieder Großes für die deutsche Arbeiterschaft geleistet werden. Reicher Beifall folgte den Worten des Kollegen Reis. In unverbrüchlicher Treue zur Organisation werden die Kollegen von Germerode alle Zeit ihren Mann stehen.

Gau IV. (Landestarifvertrag.) Nachdem sich für Mitteldeutschland ein Arbeitgeberverband mit dem Sitz in Magdeburg neu gegründet und nachdem dieser unsere zuständige Gauleitung zur Verhandlung über einen Landestarifvertrag aufforderte, hat eine solche stattgefunden, und zwar am 7. und 8. Januar und dann weiterhin am 20. und 21. Januar dieses Jahres. In der viertägigen Verhandlung sind die beiderseitig aufgestellten Tarifentwürfe eingehend durchberaten, ohne daß die Verhandlungen zu einer Verständigung führten. Mit Zustimmung unserer Organisationsvertreter hat der Arbeitgeberverband nun zunächst das Reichstarifamt für das Steinsetzergewerbe in Berlin angerufen, damit es vermittelnd eingreife. Da es sich nicht verlohnt, an dieser Stelle auf das bisherige Verhandlungsresultat einzugehen, so ersucht die Gauleitung alle Zahlstellen, sich bis nach der Verhandlung in Berlin zu gedulden. Sobald ein greifbares Resultat vorliegt, gleich wie die Verhandlungen selbst ausfallen, wird die Gauleitung nicht versäumen, die in Frage kommenden Zahlstellen des Gau IV, die fast restlos dem neuen Tarifvertrag unterstehen sollen, von dem Verhandlungsergebnis Kenntnis zu geben. Die Zahlstellen werden ersucht, sich möglichst vollzählig an der Gaukonferenz am 21. und 22. Februar 1925 in Halle zu beteiligen, in der von der Lohn- und Tarifkommission eingehender Bericht über die Verhandlungen erstattet wird.

P. Göhre, Gauleiter.

Steinarbeiter.

Freiburg i. Br. Am 11. Januar 1925 fand die gut besuchte Generalversammlung statt. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß das verflossene Jahr sehr arbeitsreich war, auch wurden Neuaufnahmen gemacht. Von einigen Kollegen in Lörrach wurde verlangt, daß im oberen Wiesental eine Zahlstelle gegründet werden soll, was vom Vorstand und dem Gauleiter berichtet wurde. Auch wurde der Wunsch geäußert, daß die Zahlstellen mehr durch ein Mitglied des Hauptvorstandes besucht werden sollen. Im vergangenen Jahre war Kollege Winckler in einer Versammlung, der Gauleiter in zweien anwesend. — Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde fast einstimmig der alte Vorstand wiedergewählt. Kritisiert wurde das Verhalten einiger Kollegen in diesem Tagesordnungspunkt. Die Kritik zog sich fast eine Stunde hin. — Die Quartalsabrechnung wurde wegen Erkrankung des Kassierers von einem Revisor gegeben; sie wurde in bester Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. — Zur Beitragserhöhung wurde von den verschiedenen Kollegen der vom Zahlstellenvorstand vorgeschlagene Beitrag von 90 Pfg. und 10 Pfg. Lokalbeitrag, also eine Mark, der Versammlung empfohlen und einstimmig angenommen. Auch wurde noch ein Beitrag von 60 Pfg. und 10 Pfg. Zuschlag, also 70 Pfg., beibehalten für einige kleine Gruppen, die uns angeschlossen sind. Im Punkt „Verschiedenes" herrschte lebhafte Debatte. Wegen vorgeschrittener Zeit und Abfahrens der auswärtigen Kollegen mußten einige Sachen auf die nächste Versammlung zurückgestellt werden. Mit einigen Worten des Vorsitzenden an die Kollegen, die Zustände in der Zahlstelle für dieses Jahr zu beseitigen und die Zahlstelle hochzuhalten, wurde die Versammlung beendet.

Chemnitz. Im Mittelpunkt der Generalversammlung vom 10. d. M. standen die Wahlen zur Ortsverwaltung und das Referat des Gauleiters Schulze. Die Wahlen hätten etwas glatter vor sich gehen können. Obwohl die alte Ortsverwaltung einstimmig wiedergewählt wurde, verbrachte man hierzu allzu viel kostbare Zeit. Einige Kollegen können ohne längere Diskussion nicht auskommen,

so daß zum Referat des Gauleiters die wenigste Zeit übrig blieb. Kurz gefaßt schilderte er zum Thema „Lohnpolitik" die Macht der organisierten Arbeiter, die Einstellung des Staates und des Unternehmertums zu ihnen und behandelt die Bedeutung des Tarifvertrags, den Kampf als Klasse, die Lohnkämpfe lokal und zentral. Zum Schluß ging Redner auf die Schattenseiten der Akkordarbeit ein. — Eine lebhafte Diskussion wollte sich entspinnen, aber da wegen vorgerückter Zeit Kollege Schulze abreisen mußte, wurde die Aussprache auf die kommende Versammlung vertagt. Kollege Schulze versprach, in die Versammlung zu kommen.

Heppenheim a. d. Bergstr. (Generalversammlung.) Versammlungsbesuche sind ein Gradmesser der Bewegung, gleich, welche Korporation es auch sei. Maßgebend ist ferner der Geist, der in einer Versammlung herrscht. Und ein nüchtern urteilender Beobachter muß sagen, daß die Art und Weise, wie die Tagesordnung behandelt und erledigt wurde, eine derartig gesunde war, daß man zu der Ueberzeugung kommen muß: es geht wieder aufwärts in der Zahlstelle! Vor allem war es möglich, einen arbeitsfähigen Vorstand zusammenzubringen, was von großer Bedeutung für die Zahlstelle ist. Und es muß an dieser Stelle etwas gesagt werden, da gewöhnlich ein Teil der Mitgliedschaft die Versammlungen gewohnheitsmäßig schwänzt, nicht mit böser Absicht, aber die Tatsache muß festgestellt werden, daß darin eben „gebummelt" wird. Ein höflicher Vorstand sollte eigentlich jeden, der abwesend war, in der Zeitung bekanntgeben; aber der Vorstand ist eben andrer Ansicht, wer also einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes haben will, erscheine, bitte, das nächste Mal. In diesem Jahr heißt es arbeiten, um alles, was die Steinarbeiter im Odenwald noch an Rechten besitzen, auch zu erhalten. Erinnert sei nur an Urlaub, Achtstundentag usw. Kritisieren allein bringt uns nicht weiter, hier heißt es Hand anlegen. Hier heißt es Kämpfer sein für die Bewegung. Ohne Kampf kein Sieg, oder glauben die Säumigen, sie hätten mit dem Bezahlen der Beiträge ihre Pflicht erfüllt? Nein, und abermals nein! Glauben die Säumigen und Restanten vielleicht, es käme auf sie nicht an? Nun, das Unternehmertum wird sie eines Besseren belehren! Gestützt auf die Maßnahmen, die eine Rechtsregierung ohne Zweifel treffen wird, um den Sieg des Kapitals zu vervollständigen, werden auch die Steinindustriellen des Odenwaldes den Kampf mit den Arbeitnehmerverbänden inszenieren, deshalb muß hier die Arbeiterschaft ein geschlossenes Ganzes bilden. In diesem Kampf wird ohne Zweifel derjenige, der glaubt allein marschieren zu können, zermalmt werden. Es gibt im Kampf zwischen Arbeit und Kapital keine Rücksicht. Die Entwicklungsgeschichte jeglichen Lebenswesens zeigt uns, daß immer die Bestorganisierten letzten Endes den Sieg davontragen im Kampf ums Dasein. (Lehre von Darwin.) Genau so wird derjenige aus dem Kampf als Sieger hervorgehen, der sich um seine Fahne schart und in Verbindung mit seinen Klassengenossen seine ganze Schuldigkeit tut. Wie ein roter Faden zog diese Meinung durch die Geenralversammlung. Mögen die Lauen und Restanten sich dies zu Herzen nehmen, den niederdrückenden Ballast, genannt Gleichgültigkeit, abwerfen. Es brauchen uns die Drohungen betreffs Urlaub, Achtstundentag, Tarifkündigung usw. von seiten der Unternehmer nicht einzuschüchtern, denn wir halten es mit dem Dichter, der sagte: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten . . ." Darum mitgearbeitet, ihr Lauen, Gleichgültigen und Versammlungsschwänzer, im dunkeln Odenwald muß es heller werden. W. V.

Ochsenburg. Am Sonntag, dem 18. Januar, fand im Gasthaus zum Lamm in Sternenfels eine Bezirksversammlung des Tarifbezirks Maulbronn statt, die gut besucht war. Anwesend war Gauleiter Sarfert. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur eingereichten Tarifkündigung und Lohnforderung. 2. Organisation und sonstige Angelegenheiten. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege L. Heugel, 2. Vors. Kollege Aug. Hauf und als Schriftführer Heinr. Motzer bestimmt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung widerlegte Gauleiter Sarfert eingangs seiner Ausführungen den Vorwurf, der ihm von gewisser Seite gemacht wurde, daß er die Lohnforderung gehindert hätte. Die jetzige Forderung von 90—95 Pfg. pro Stunde sei noch nicht einmal den heutigen Teuerungsverhältnissen angepaßt. Da sich die Kollegen des Mühlbach-Sulzfelder Tarifbezirks auch in Lohnbewegung befinden und sich die dortigen Verhandlungen dadurch zerschlugen, weil sich die in Frage kommenden Unternehmer mit denen des Tarifbezirks Maulbronn in einen Bezirk zusammenschließen wollen. Um diesen wichtigen Punkt drehte sich die ganze Diskussion; also für oder gegen Zusammenschließung. Koll. Schmid (Freudenstein) glaubt zur Vorsicht mahnen zu müssen bezüglich der Landesgrenze, damit bei einer evtl. Anrufung des Schlichtungsausschusses wir aus diesem Grunde keine Enttäuschung erleben. Koll. Sarfert, Hauf und Bezirksleiter Reimold (Mühlbach) sprechen für Annahme der Verschmelzung, der auch einstimmig zugestimmt wurde. Darauf legte Koll. Sarfert im 2. Punkt der Tagesordnung den Leitungen der Zahlstellen besonders nahe, darauf bedacht zu sein, unliebsame Schlampereien auszurotten, die Organisation auszubauen, damit sie eine Macht darstelle, durch die wir in der Lage sind, unsre wirtschaftlichen Forderungen durchdrücken zu können. Der Vorsitzende dankte zunächst dem Gauleiter für seine Ausführungen, richtete selbst noch zu beherzigende Worte an die Kollegen und schloß die anregend verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband, in das die Kollegen begeistert einstimmten.

Rundschau.

Der Feldzug gegen die öffentlichen Betriebe und Banken. Schon seit längerer Zeit haben die Unternehmer in ihren Presseorganen und Verbandssitzungen den Kampf gegen die staatlichen, kommunalen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wieder aufgenommen. Vorwände und Anlässe dazu gab es genug. Daß bekanntlich die Deutschen Werke, die bekanntlich zum großen Teil dem Reich gehören, billig arbeiten und der Privatindustrie Konkurrenz bereiten, ist ein guter Grund zum Angriff. Ebenso, daß die kommunalen Banken Gelder aus der Wirtschaft an sich zogen und diese kurzfristig ausgeliehen haben, obwohl sie wissen müßten, daß diese Banken in der Uebergangszeit nach der Stabilisierung hierzu gezwungen waren, um ihre Stabilität zu wahren. Viel günstigere Angriffsflächen boten die Verfehlungen und die schlechte Betriebsführung einzelner staatlicher und kommunaler Anstalten. Unerfahrene und der Leitung großer Anstalten nicht gewachsene Betriebsleiter einiger kommunaler Banken haben in der Tat diesen großen Verluste bereitet. Vollends bot der Fall der Preußischen Staatsbank mit ihren Ausleihungen an zweifelhafte Konzernbesitzer einen höchst willkommenen Anlaß zur Verstärkung dieser Angriffe. Weit und breit wird uns vorgetragen, wie schwer die Wirtschaft durch die „sozialisierten" Betriebe geschädigt werde und wie die Steuerzahler für die Verluste aufkommen müssen.

Kein Zweifel, daß bei manchen öffentlichen Anstalten Fehler vorgekommen sind, die teils durch Unerfahrenheit, teils leider auch durch Schuld der leitenden Beamten entstanden. Daraus erwächst die Notwendigkeit, nur die tüchtigsten Kräfte an die Spitze dieser großen Anstalten zu stellen und eine wirksame Kontrolle zur Verhinderung von Mißbräuchen einzuführen. Auch muß der Wirkungskreis dieser Anstalten ihren Zwecken entsprechend abgegrenzt werden.

Es ist aber geradezu lächerlich, die Ueberlegenheit der privatwirtschaftlichen Betriebe in bezug auf die Vermeidung der geschilderten Mißstände zu behaupten. Kommen doch bei den Privatbanken immer wieder viel schlimmere Mißbräuche als zum Beispiel bei der Preußischen Staatsbank vor. Devisen- und Warenspekulationen der Privatbanken haben sowohl in Deutschland, als auch in anderen Ländern zum Zusammenbruch von großen Privatanstalten und zu enormen Schädigungen der Volkswirtschaft geführt. Ist der Zusammenbruch der Pfälzischen Bank durch verfehlte Devisenspekulationen bereits vergessen? Durch die mißglückten Frankspekulationen haben die deutschen und österreichischen Großbanken enorme Verluste erlitten und die Volkswirtschaft, der sie ungeheuere Kapitalien entzogen haben, stark geschädigt. Der Zusammenbruch der Depositenbank in Oesterreich, der Banca di Sconto in Rom, der Landmannsbanken in Dänemark hatten das ganze Wirtschaftsleben in den betreffenden Ländern in Mitleidenschaft gezogen. Kommen Mißbräuche bei einer staatlichen oder kommunalen Anstalt vor, so wird der schuldige Beamte entfernt, im übrigen kann aber der Betrieb dank seiner festen Unterlage weiterbestehen, die Kredite müssen nicht gekündigt, die Schuldner können voll bezahlt, die Angestellten weiter beschäftigt werden. Ganz anders beim Zusammenbruch einer privaten Anstalt, der alle diese Folgen heraufbeschwört. Was aber den Steuerzahler anbelangt, der für die Fehler der öffentlichen Betriebe aufkommen muß, so muß man selbst in diesem wichtigen Punkt den staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Anstalten den Vorzug vor den privaten geben. Erstens: werden die Verluste von einem umfangreichen Kreis der Steuerzahler getragen. Auf diese Weise wird die Wirtschaft weniger geschädigt, als wenn durch die Verluste ein beschränkter Kreis von Betrieben, Arbeitnehmern und Gläubigern in Mitleiderschaft gezogen wird. Zweitens: bei allen großen Bankzusammenbrüchen pflegt der Staat den notleidenden Unternehmungen zu Hilfe zu kommen. Die zusammengebrochenen Privatbanken werden in der Regel, wie wir das in den letzten Jahren in den verschiedenen Ländern so oft erfahren haben, aus Staatsmitteln, das heißt, auf Kosten der Steuerzahler, wieder auf die Beine gestellt.

Die „Deutschen Werke" verkaufen zu billig. Immer häufiger greift die Privatindustrie die Gesellschaft „Deutsche Werke" an, die sich bekanntlich hauptsächlich im Besitz des Deutschen Reiches befindet. Die Anklage der Privatindustrie gegen die „Deutschen Werke" ist, daß diese ihre Waren zu billig verkaufen und dadurch der Privatindustrie eine ungebührliche Konkurrenz machen. Die Leitung der „Deutschen Werke" begründet die billigen Preise durch drei Umstände: Sie haben die Standardisierung der Waren weitgehend gefördert und beabsichtigen künftighin nur einen Wagen- und Motorradtyp zu bauen, was zur Senkung der Herstellungskosten beiträgt. Zweitens: es gelang ihnen, die unverhältnismäßig hohen Gewinne der Zwischenhändler einzuschränken. Drittens, und hier liegt der springende Punkt für die Erbitterung der Privatindustrie, wollen sich die „Deutschen Werke" auch mit einem geringen Unternehmergewinn begnügen. Die Privatindustrie behauptet demgegenüber, daß die „Deutschen Werke" infolge ihrer Verbindung mit dem Reich mit billigerem Kredit arbeiten als die Privatindustrie, eine Tatsache, die nicht nachgeprüft werden kann. Merkwürdig mutet es aber an, wenn die „Deutsche Bergwerkszeitung", nachdem sie feststellt, daß im Jahre 1923 durch die Gründung der „Viag" (die Dachgesellschaft für die staatlichen Unternehmungen) das Kabinett Cuno die erste große Sozialisierung in Deutschland vorgenommen habe, über die „Deutschen Werke" folgendes behauptet: „Der Umstand, daß der alleinige Aktionär der „Deutschen Werke" in letzter Linie das Deutsche Reich ist, erleichtert zweifellos bei manchen Dispositionen die Entschlußfreudigkeit." Bisher hieß es doch in Unternehmerkreisen immer, daß die Sozialisierung in erster Linie deshalb verwerflich sei, weil infolge des bureaukratischen Apparates der sozialisierten Betriebe diese in ihrer raschen Entschlußfähigkeit gehemmt sind. Es ist uns recht angenehm, daß nun von maßgebender Seite die Irrtümlichkeit dieses Arguments eingestanden wird.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Ausgeschlossen wurde auf Antrag der Zahlstelle Reinberg der Steinsetzer Otto Großmann; auf Antrag der Zahlstelle Röllfeld der Steinmetz Anton Münch, beide wegen verbandsschädigenden Verhaltens. Auf Antrag der Zahlstelle Obermendig der Steinmetz Jos. Urmersbach wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

*

Achtung! Reiseunterstützung darf nur bis zur Höchstdauer von 36 Tagen gezahlt werden. Hat ein Kollege seine 36 Tage erhalten, so ist ihm von dem Funktionär, der den letzten Tag gezahlt hat, die Reisekarte abzunehmen und im Mitgliedsbuch zu vermerken, daß der Inhaber für 36 Tage Reiseunterstützung im Gesamtbetrage von soundso viel bezogen hat und ausgesteuert ist.

Dies ist unter allen Umständen strengstens durchzuführen! Denn es ist vorgekommen, daß ein Kollege Fritz Drescher in Leipzig (Zahlstelle) mit 36 Tagen ausgesteuert war, vom 16. Oktober bis 26. November 1924. Er erhielt aber in Zeitz vom 14. bis 16. Dezember für weitere 3 Tage, in Altenburg vom 19. bis 20. Dezember für 2 Tage, vom 21. bis 22. Dezember nochmals in Zeitz für 2 Tage und in Mühlhausen i. Thür. vom 1. Januar bis 2. Januar 1925 für 2 Tage Reiseunterstützung.

Sobald der Kollege Fritz Drescher in einer Zahlstelle um Unterstützung vorspricht, sind ihm die Verbandspapiere abzunehmen und an den Verbandsvorstand einzusenden. Auf dem Verbandsbureau sprach er ebenfalls vor und äußerte den Wunsch, nach seinem Heimatsort Strehlen zurückzukehren. Mit der in Leipzig erhobenen Unterstützung war ihm dies möglich. Wie aus den eingesandten Belegen über ausgezahlte Reiseunterstützung zu ersehen ist, hat er jedoch eine entgegengesetzte Richtung eingeschlagen, hat uns also düpiert und bezieht zu Unrecht weiterhin Reiseunterstützung. Die Kollegen allerorts sind hiermit vor Fritz Drescher gewarnt.

Adressenänderungen.

1. Gau. N. W. **Stargard.** Mecklbg. Vors. u. Kass.: E. Felgenhauer, Bergstr. 3. — **Oldenburg** i. O. Vors. Richard Hebestreit, Lerchenstr. 24. Kass.: W. Johannsen, Oldenb.-Eversten, Hundsmühler Chaussee 76. — **Buxtehude.** Vors. H. Tasche, Ovelgönne, Post Buxtehude. Kass.: Wilhelm Marquardt, Eindorfermoor, Post Buxtehude.
2. Gau. **Reichenbach.** Schles. Vors. Karl Mann, Uferstr. 95.
3. Gau. **Zwickau.** Kass.: Max Winkler, Glauchauer Str. 28, IV. — **Leipzig** (Steinsetzer). Kass.: Hermann Reinhardt, Leipzig-Volkmarsdorf, Natalienstraße 32.
4. Gau. **Delitzsch.** Vors.: Paul Krabel, Rathenau, Pormenade 20, Kass.: Albert Bertram, Prälatenweg. — **Langensalza.** Vors.: Richard Blaß, Henningsleben. — **Süplingen.** Kass.: Wilhem Fricke, Nr. 34. — **Mellenbach.** Kass.: Hugo Hyzyk, Unterhain. Thür., Post Königsee. — **Zeitz.** Kass.: Rich. Weichhardt, August-Bebel-Str. 44, III. — **Wolfshagen.** Vors.: Otto Mittendorf, Nr. 211.
5. Gau. **Düsseldorf.** Vors.: Jos. Koch, Mörsenbroich, Münsterstr. 238. Kass.: Karl Dittmann, Scheurenstr. 53.
6. Gau. **Rammelsbach.** Vors. Karl Niebergall. Kass.: J. Rausch. — **Landau.** Vors.: Joh. Bersch, Horstr. 23b. Kass.: Ludwig Treiling II, Insheim. — **Pererzell.** Vors.: Georg Kufner, Schotterwerk Villingen, Post Unterkirnach, Baden. Kass.: Otto Kastenberger, Schotterwerk Villingen, Post Unterkirnach, Baden. — **Seebach.** Vors.: Gottfried Rühl, Schwarzenbach b. Seebach, Baden. — **Heppenheim.** Vors.: Karl Ulrich, Gartenstraße. — **Mühlbach. a. Glan.** Vors.: Jakob Weber. — **Bedesbach.** Vors.: Friedr. Castarius. — **Kaiserslautern.** Vors.: Wilh. Probst, Winterstr. 8. Kass.: Ferd. Lambrecht, Bierstr. 52.
7. Gau. **Bayreuth.** Vors.: Georg Nützel, Fantasiestr. 6. Kass.: Christ. Lienhart, Funkstr. 6. — **Sparneck.** Vors.: Heinrich Rußner. — **Niederlamitz.** Vors.: Karl Walther. — **Neubau.** Vors.: Johann Lebald, Nr. 84⅓. — **Ruhmannsfelden.** Vors.: Xaver Ratzinger.
8. Gau. **Langenaltheim.** Kass.: Karl Mößner, Nr. 138 1/6. — **Oberriedenberg.** Vors.: Alfred Hergenröder. — **Solnhofen.** Vors.: Heinrich Lechner, Nr. 60. Kass.: Christoph Späth, Nr. 38. — **Hardheim.** Kass.: Joseph Baumann.
9. Gau. **Klein-Steinheim.** Vors.: Ph. Johann, Kaiser-Friedrich-Str. 7. — **Baumholder** b. St. Wendel a. d. Saar. Vors.: Wilhelm Döhler, Hanweiler, Nr. 250. Kass.: Rudolf Fuhrmann, Baumholder Str. 9.

Briefkasten.

Giersdorf. Der geschilderte Vorgang ist kaum glaublich und jedenfalls von dritter Seite falsch wiedergegeben. Vom Wochenlohn bleiben ab 1. Dezember 1924 15 Mark steuerfrei (vorher 12 Mk.), vom Monatslohn 60 Mk. (vorher 50 Mk.). Dieser steuerfreie Betrag ist gesetzlich vorgeschrieben unter anderm für Versicherungsbeiträge, Fahrkosten von und zur Arbeitsstelle, Arbeitszeug, Verbandsbeiträge Kulturbeiträge usw. Darum ist es Unsinn, von einer Besteuerung des Kranken- und Invalidengeldes überhaupt zu reden. Wenn zum Beispiel ein Kollege pro Woche 27 Mk. verdient, dann unterliegen davon 12 Mk. dem Steuerabzug. Der letztere ist für alleinstehende Personen 10 Prozent. Kommen jedoch Familienmitglieder bei der betreffenden Person in Frage, für die er zu sorgen hat (Frau und Kinder unter 17 Jahren), dann verringern sich die 10 Prozent um je 1 Prozent. Zum Beispiel: Frau und 2 Kinder, je 1 sind 3 Prozent, bleiben von 10 nur noch 7 Prozent Steuerabzug. Bei einem Wochenlohn von 27 Mk. hätte ein solcher Kollege pro Woche 84 Pfg. Steuer zu zahlen.

Gr. Die Frauenzeitung erscheint nur einmal im Monat.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Heft 1 Jahrg. 1925 liegt vor. Inhalt reichhaltig wie in den bereits erschienenen Heften. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin S. 14, Inselstr. 6. Die Zeitschrift kann bezogen werden durch die Post, den Buchhandel und durch die Verwaltungsstellen der Ortsausschüsse des ADGB. Einzelheft 1 Mk., für Organisationsmitglieder 80 Pfg. Im Abonnement letztere 2.40 Mk., erstere 3 Mk. vierteljährlich.

Gewerkschaftsarchiv. Monatsschrift für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Verlag heißt wie die Zeitschrift. Heft 1 Jahrg. 1925 ist erschienen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postanstalten und der Verlag in Jena, Camsdorfer Straße 10, entgegen. Preis des Heftes 1.20 Mk.

Die **„Jungsozialistischen Blätter"**, von denen das Januarheft des 4. Jahrgangs soeben in neuer Ausstattung erscheint, bringen der jungen Parteigenossenschaft eine Reihe interessanter Aufsätze. Wir heben hervor den Aufsatz „Vom Werden eines neuen Deutschlands", von Joh. Schult-Hamburg „Krisis der Räteideen?" von Erich Winkler-Leipzig, „Die Gerichteten", von E. Ollenhauer-Berlin, und „Die Stellung der katholischen Jugendbewegung zum Religiösen, von Thomé. — Die „Jungsozialistischen Blätter" kosten pro Heft 30 Pfg. und sind in jeder Buchhandlung und Postanstalt zu bestellen.

Anzeigen

Kopfstein-Schläger
für sofort gesucht.
Reinh. Löhrke, Steinsetzmeister
Wolgast in Pommern.

Für einen 19jährigen, sehr kräftigen jungen Mann, der bereits 2½ Jahre als Steinmetz gelernt hat, wird zur Beendigung seiner Lehre eine
Lehrstelle
in nicht zu weiter Entfernung von **Zeitz** gesucht. Bedingung: Kost und Unterkunft im Hause des Meisters. Meldungen erbittet die
Landes-Erziehungsanstalt in Zeitz.

Für Herstellung von Basalt-Kleinpflaster mit Hand und Maschine
finden
eingerichtete Leute
dauernde Beschäftigung im Basaltwerk Scheibenberg im Erzgebirge.
Meldungen an **H. Krebs,**
Granitwerk Oberschlema i. Erzgeb.

Tüchtiger
Marmorschleifer
für Maschine wird gesucht.
David & Schubert, Marmorwerk
Breslau, Matthiasstr. 209.

Gesucht per sofort
6 tüchtige Granitsteinhauer für Reinarbeit
Unterkunft vorhanden. Stundenlohn z. Zt. 0.80 Mk. (Tarif) dauernde Beschäftigung
Schwarzwald Granit- u. Sandsteinwerke Tiefenstein G. m. b. H.
Geschäftsstelle Säckungen a. Rh. (Baden).

Marmorwerk in Süddeutschland sucht tüchtige
Maschinen- u. Handschleifer
Durchschnittlicher täglicher Akkordlohn 7.50 Mk.
Herfahrt wird vergütet
Zuschriften unter **SO. 321** an die
Invalidendank-Annoncen-Expedition **München.**

Nach mehr als zweijähriger Ausübung meiner Praxis in Bautzen bin ich bei den Betriebskrankenkassen der **Firma C. G. Kunath und C. Sparmann & Co. in Demitz-Thumitz** als
Augenarzt
zugelassen.
Dr. Resak, Bautzen, Wallstr. 18, I. (gegenüber Gymnasium).
Sprechzeit nur wochentags 9—½1 vorm., 3—½5 nachm. (auß. Freitag nachm.)

Steinarbeiter-Hosen
in nur allerbesten Qualitäten in Manchester, Leder weiß u. schwarz und Pilot liefert **nach Maß**
Fritz Müller, Niederoderwitz i. Sa.
Sammelbestellungen Rabatt.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden

In **Beucha** am 1. Januar der Pflastersteinmacher Gustav **Friedrich,** 34 Jahre alt, Gehirnerkrankung.

In **Dahlen** am 10 Januar der Steinsetzer Friedrich **Schnelle,** 75 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Löbau** am 13 Januar der Brecher August **Winkler,** 58 Jahre alt, Magenleiden.

In **Dresden** am 16. Januar der Sandsteinmetz Robert **Gäbler,** 51 Jahre alt, Herzleiden.

In **Eberswalde** am 19. Januar der Rammer Hermann **Brandenburg,** 69 Jahre alt, Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.